

Achtzig Jahre danach

Jahrestage, vor allem historisch bedeutsamere, dienen in der Regel sowohl zur Erinnerung als auch zur Vergegenwärtigung. Dies gilt ganz besonders für den 21. Oktober 1944 in der Stadt Aachen, der westlichsten Großstadt Deutschlands und somit auch die erste deutsche Großstadt, die damals durch die von Westen kommenden alliierten Armeen nach harten Kämpfen durch US-Truppen erobert wurde. An jenem aus heutiger Sicht so fernen 23. Oktober kapitulierten die Reste der geschlagenen Großdeutschen Wehrmacht in Aachen vor den amerikanischen Truppen, die die Stadt Aachen kämpfend eingeschlossen hatten und beendeten damit ihren sinnlosen, lediglich die alte Kaiserstadt Aachen mit ihren einmaligen, historischen Denkmälern und den wenigen verbliebenen Menschen immer weiter zerstörenden Widerstand.

Der Krieg war seit langem verloren, ja er war von Anbeginn an auf irrsinnigen, verbrecherischen Grundlagen begonnen worden, wie das gesamte Gewaltregime der Nazis nichts anderes war als eine mörderische Gewaltherrschaft. Nicht auszudenken, wenn wir – ja, es sei hier offen angesprochen – wenn wir, wenn Nazi Deutschland, gewonnen hätte!

Die Finsternis der Herrenmenschen hätte sich dann über Europa und die Welt gelegt, nicht die Grundsätze von Freiheit, Frieden, Demokratie, Recht und Menschenwürde würden heute gelten, sondern Krieg, Massenmord bis hin zum Völkermord, und finsterste Diktatur und Knechtschaft. Es sei gerade in unseren Tagen, in denen der Staat Israel und seine Bürger-Innen angegriffen wurden und es erneut um die Existenz des Staates Israel geht, nicht vergessen und nachdrücklich daran erinnert, dass Nazi-Deutschland sechs Millionen europäischer Juden grausam ermordet hat. Angesichts dieser Schreckensgeschichte hätte man eigentlich annehmen sollen, dass Antisemitismus in Deutschland nicht mehr vorkommen oder gar hingenommen würde, aber wir erleben gegenwärtig das gerade Gegenteil.

Antisemitische Übergriffe haben zugenommen, das öffentliche Tragen von jüdischen Symbolen wurde gefährlich, Wohnungen von jüdischen Mitbürgern und Mitbürgerinnen wurden gekennzeichnet, Synagogen und andere jüdische Einrichtungen bedroht und attackiert. Jüdische Menschen haben wieder Angst und das in Deutschland, achtzig Jahre danach. Ich kann diese Entwicklung, ehrlich gesagt, nicht fassen!

Es bleibt für uns Deutsche die erschütternde Wahrheit von jenem 21. Oktober 1944, mit dem der Beginn der totalen militärischen Niederlage das Gebiet des Deutschen Reiches im Westen erreicht hatte, dass diese Niederlage notwendig, unabweisbar war angesichts des Grauens, das das nationalsozialistische Deutschland über Europa und die Welt und nicht zuletzt über uns selbst gebracht hatte.

Mit dem 21. Oktober 1944 hatte die endgültige Niederlage Hitlers begonnen, aber das Morden und Töten sollte noch bis zum 8. Mai 1945 anhalten. Ich habe mir in Vorbereitung auf den heutigen Tag im Internet die Bilder von dem umkämpften und zerstörten Aachen angeschaut, der Eindruck ist noch heute, mit einem Abstand von achtzig Jahren erschütternd.

Beginnend mit den französischen Revolutionskriegen und europaweit dann ab Mitte des Neunzehnten Jahrhunderts wurde der ideologische Überbau für die Kriege im 19. Jahrhundert um die europäische Vorherrschaft massenwirksam durch die Ideologie des Nationalismus geliefert. Diese Ideologie verfügte über ein janusköpfiges Gesicht: einerseits konnte sie befreiend, etwa von fremder Besatzung und Herrschaft, wirken, ja bisweilen sogar umstürzend, revolutionär gar, andererseits schuf sie einen rachedurstigen, kriegslüsternden Moloch, der die europäischen Völker in immer neue Kriege und Erbfeindschaften stürzte, rassistisch aufgeladen gar zu einer existentiellen Bedrohung für Minderheiten, wie den europäischen Juden wurde. In diese europaweit sich durchsetzende, verhängnisvolle extreme

Ideologie flossen mehr und mehr rassistische, antisemitische und ganz generell autoritäre, gegenrevolutionäre Elemente mit ein. Der Nationalismus bestand im Regelfall in der Überhöhung, ja Sakralisierung der eigenen Nation - „Deutschland, Deutschland, über alles, über alles in der Welt!“ - ihrer Überlegenheit, ihren Geltungs- und Gebietsansprüchen, und des kriegerischen Opfers des Einzelnen auf dem Schlachtfeld für seine Nation, und in der systematischen Verteufelung der Feindnationen, zumeist waren es Nachbarn, und des inneren Feindes, zumeist Minderheiten. So kam es bei der Versailler Friedenskonferenz 1919 zu keiner neuen europäischen Friedensordnung, die ein Aufeinanderzugehen der ehemaligen Feinde notwendig gemacht hätte, sondern lediglich zu einem verlängerten Waffenstillstand, bevor dann 1939 der nächste, noch brutalere Krieg mit noch schrecklicheren Waffen erneut mit einem revisionslüsternden Deutschland, diesmal mit dem nationalsozialistischen Deutschland, auszufechten war.

Der Kampf um den europäischen Hegemonialanspruch schloss auch den angesichts der objektiven Kräfteverhältnisse als zunehmend verrückter erscheinenden Griff nach der Weltherrschaft durch eine zentraleuropäische Macht mit ein. Das nationalistische Europa war damals ein Kontinent des Krieges, und so verwundert es auch nicht, dass dem Nationalismus, vor allem in Deutschland, die Verherrlichung alles Militärischen zu eigen war.

Jahrzehnte später, im Jahr 1995, unterschied der damals bereits von seiner tödlichen Krankheit gezeichnete französische Staatspräsident Francois Mitterand in seiner Abschiedsrede vor dem Europaparlament in Straßburg die Nationen, die in ihrer ganzen historisch gewachsenen Vielfalt, konstitutiv sind für Europa, sehr klar vom Nationalismus, indem er beispielhaft auf sein eigenes Leben verwies. Geboren als Franzose während des Ersten Weltkriegs, Soldat für Frankreich im Zweiten, und schließlich als französischer Staatspräsident im Europa der EU. Er hob zurecht mit großer Emphase die enorme Friedensleistung der

Europäischen Union und ihrer Gründergeneration hervor und warnte mit eindringlichen Worten die Abgeordneten des Europaparlaments vor der größten inneren Gefahr für den europäischen Frieden, nämlich dem Nationalismus. „Der Nationalismus, das ist der Krieg!“ rief er aus. Krieg zwischen den europäischen Nationen.

Mitterand gehörte noch einer Generation an, die das Europa des Krieges, der Erbfeindschaften, der Durchsetzung von Gebietsansprüchen durch Krieg, der durch Krieg mehrfach veränderten Grenzen, kurz das Zeitalter des Nationalismus noch erlebt und erlitten hatte mit all seinen Exzessen. Die Generationen nach ihm, aufgewachsen in einem (West)Europa des Friedens, der offenen Grenzen, des gemeinsamen Marktes und der gemeinsamen Währung und unter amerikanischem Schutz, empfanden die enorme Friedensleistung der Union, zunehmend als etwas altmodisch Überkommenes, „Opa erzählt von Europa vom Krieg und vom Frieden, wie langweilig!“ als nicht mehr zeitgemäß.

Der Nationalismus ist heute überall in Europa zurück und hat mit dem EU-Austritt Großbritanniens erste praktische Ergebnisse gezeitigt, die gleichermaßen so erschütternd sind, wie sie absehbar waren. Ein Europa, das aus ideologischen Gründen nicht nur praktisch, sondern vor allem auch mental an der Epoche der Nationalstaaten festhält und die weitere Integration der Union und die notwendige Zuwanderung trotz einer tiefen demographischen Krise verweigert, wird sich mit der Wahl neonationalistischer Parteien in der gerade anbrechenden Epoche der globalen Großmachtrivalität jedoch selbst erledigen und Idee wie Realität eines geeinten, starken Europas gleich mit.

Was den europäischen Nationalismus mit dem amerikanischen Isolationismus eint, ist unter anderem die rassistisch unterlegte Fremdenfeindlichkeit. Jede Form von ethnischer und d.h. völkischer Definition von Nation führt zwangsweise zu äußerlichen

Unterscheidungsmerkmalen und damit in den Sumpf des Rassismus. Europa hat zudem ein massives Demographieproblem in seinen alternden Gesellschaften, überall im gemeinsamen Markt mangelt es akut an Arbeitskräften. Dennoch grassiert die Fremdenfeindlichkeit als Thema Nummer Eins in den Wahlkämpfen und verstärkt europaweit die Wahlchancen von neonationalistischen Parteien. Die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, die zum Beispiel für die Finanzierung der Renten in den immer älter werdenden Gesellschaften dringend gebraucht wird, leidet unter den angespannten Arbeitsmärkten. Europa braucht junge Menschen, die es auf dem im wahrsten Sinne des Wortes „alten“ Kontinent aber nicht mehr in ausreichender Zahl gibt. Es bedürfte eigentlich des genauen Gegenteils des Programms der neonationalistischen Parteien, nämlich verstärkte legale Zuwanderung aus den Ländern des globalen Südens mit ihren großen jungen Gesellschaften.

Der Neonationalismus in Europa stellt auch die Grundpfeiler der westlichen Demokratien in Frage, indem er die Gewaltenteilung zwischen Exekutive und Judikative und unabhängige Medien gleichermaßen attackiert. Eine unabhängige Justiz ist ihm ein Dorn im Auge, weil die Gewaltenteilung eine verfassungsrechtliche Begrenzung und somit ein Gegengewicht zu dem potenziell totalitären Machtanspruch gewählter Mehrheiten bedeutet. Denn Demokratie kann durchaus totalitäre Konsequenzen haben, wenn sie nicht durch eine in einer Verfassung geschützte Gewaltenteilung ergänzt wird. Denn wer schützt Minderheiten vor dem latent immer vorhandenen totalitären Anspruch auch demokratischer Mehrheiten? Es kommt also nicht von ungefähr, dass der Neonationalismus an der Macht als erstes die unabhängige Justiz angreift, so geschehen in Polen unter der PIS-Regierung und im Ungarn Orbans.

Der europäische Neonationalismus entwickelt sich allerdings in einem völlig veränderten europäischen Umfeld, als es das seiner historischen Vorgänger gewesen war. Die Schlachtfelder in den

zahlreichen Kriegen zwischen den europäischen Staaten und in den Bürgerkriegen wurden durch die Europäische Union mit ihren Verträgen, ihrer Rechtsordnung und Gesetzgebung, dem Europäischen Gerichtshof, von garantierten Minderheitenrechten und Wahlen zu einem Europäischen Parlament abgelöst. Gemeinsamer Markt, gemeinsame Währung, Reisefreiheit ohne Grenzkontrollen, ein europäischer Arbeitsmarkt, Niederlassungsfreiheit für alle EU-Bürgerinnen und Bürger und europäische Wahlen tun darüber hinaus das Ihre, um ein Minimum an europäischer Alltagserfahrung unter den Bevölkerungen entstehen zu lassen und sind an die Stelle der Schlachtfelder und Beinhäuser der früheren Zeiten getreten. Ein enormer Fortschritt für die Europäer! Ich frage daher die Neonationalisten aller Couleur: Wollt ihr etwa dahin zurück? Ernsthaft?

Wenn man aus etwas Distanz auf die Weltlage blickt, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass verschiedene große historische Linien in der gegenwärtigen globalen Transformationskrise zum Ausdruck kommen, die unsereins schon seit längerem als historisch erledigt abgetan hatte. Als Grundbass könnte man diesen Prozess auch unter dem Oberbegriff „die Ablösung der westlich dominierten Welt“ zusammenfassen. Dieser Prozess muss für sich genommen nichts grundsätzlich Schlechtes sein, solange dies nicht mit der Auflösung des Westens als kulturell-politischer Gemeinschaft einhergeht. Denn die Mehrheit der Menschheit lebt im globalen Süden, und dass diese Mehrheit ihren Anteil an Macht und Wohlstand einfordern wird, war zu erwarten und ist legitim..

Die Dekolonialisierung begann nach dem Zweiten Weltkrieg, also ebenfalls vor etwa achtzig Jahren. Dieser globale Prozess schuf zwar formal zahlreiche neue, souveräne Staaten, welche an die Stelle der früheren europäischen Kolonien traten, aber eine tatsächliche Globalisierung wirtschaftlicher und politischer

Macht, deren reale Neuverteilung, scheint erst in unseren Tagen stattzufinden durch die Verschiebung der globalen Hauptachse der Geopolitik und Geoökonomie Richtung Süden und Osten. Im globalen Süden sind die Zeiten des Kolonialismus mitnichten vergessen, was wiederum für Europa eine massive Herausforderung darstellt. Denn das alte Europa kann sich nur schwer von seiner kolonialen Geschichte mittels eines echten Neuanfangs lösen. Es könnte eigentlich, durch eine kluge Einwanderungspolitik aufgrund der geographischen Nähe zu Afrika und dem Nahen Osten und der Tatsache, dass viele Angehörige der jungen Intelligenz dort eine oder gar mehrere der wichtigsten europäischen Sprachen sprechen, einen Vorteil daraus ziehen, aber dies scheitert an dem grassierenden Neonationalismus und den ihn kennzeichnenden Rassismus innerhalb der EU.

Man sollte sich in Europa jedoch keine Illusionen machen. Wenn der alte Kontinent die gegenwärtige Transformation zu einer eigenständigen europäischen Macht nicht schafft, und dies vor allem aufgrund ideologischer und rassistisch getönter Selbstblockaden und Vorurteile und seiner seiner tiefen demographischen Krise, dann wird es keine zweite Chance geben. Denn dazu wird der Bruch in der Weltordnung, und zwar nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich und vor allem technologisch zu radikal sein. Amerika wird nicht auf Europa warten. Und im Süden gibt es genügend junge, hungrige Bevölkerungen, die vor allem eines wollen, nämlich endlich ihre Chancen nutzen und die nicht bereit sein werden, auf die müden alten Bevölkerungen des europäischen Nordens mit ihrem überragendem Interesse an Besitz- und Wohlstandswahrung Rücksicht zu nehmen. Dies gilt auch für die existierende Weltordnung, die aus der Sicht des Südens vor allem die Interessen des Nordens schützt. Der Übergang von einer westlich, amerikanisch- europäisch dominierten Weltordnung zu einer neuen, multipolaren wird im globalen Süden als große Chance gesehen, zumal dieser Übergangsprozess von den beiden

demographisch größten Nationen und Volkswirtschaften des Südens, China und Indien, angeführt wird. Es wird sehr schwer werden für die Europäer, ja, fast unmöglich, ihre Besitzstände und ihren Wohlstand zu bewahren in dieser Zeit einer chaotischen Neuordnung der Weltpolitik und der Weltwirtschaft, beides könnte nur allzu schnell unter dem globalen Veränderungsdruck pulverisiert werden. Zurück bliebe dann lediglich die süße Erinnerung an die goldenen Zeiten europäisch-westlicher Dominanz.

Geopolitisch scheint sich die Welt im 21. Jahrhundert im Rückwärtsgang zu bewegen. Die Rückkehr des Krieges und der Rivalität großer Mächte wird schon heute absehbar zu einer Aufrüstungsspirale mit einer gewaltigen Ressourcenverschwendung führen. Geld, viel Geld wird in Militärausgaben verschwendet werden, das dringend an anderer Stelle gebraucht würde, aber die Logik von Macht und Sicherheit, ja der schlichte Selbsterhaltungstrieb erzwingt diese Richtung für alle, ob sie wollen oder nicht. Sowohl technisch als auch wissenschaftlich hat sich seit dem Beginn der industriellen Revolution trotz aller Katastrophen und Kriege die Geschichte auf einer scheinbar kontinuierlich aufsteigenden Linie vollzogen. Die Industrialisierung mit einer nicht abreißen Kette von technisch-wissenschaftlichen Revolutionen bis hin zur digitalen in unseren Tagen, schien die globale Entwicklung beständig voranzutreiben. Dies galt für die Technologie, nicht aber für die Geopolitik, für die menschliche Mentalität von Macht. Und selbst die neuen gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen unserer Tage, wie die nuklearen Risiken, die Krise des Weltklimas, das Artensterben, die abnehmende Biodiversität, umkippende Ozeane und der drohende Verlust der menschlichen Kontrolle über die Entwicklung einer sich zunehmend verselbstständigenden digitalen Welt, um nur einige der wichtigsten zu nennen, schienen die Notwendigkeit einer immer engeren Zusammenarbeit der menschlichen Gesellschaften rund um den Globus alternativlos notwendig zu machen. Die Zeitalter

der großen Kriege schien angesichts dieser Entwicklung endgültig vorbei zu sein.

Auch dies sollte sich als ein Irrtum erweisen, denn mit dem beginnenden Übergang von der alten Weltordnung der Pax Americana zu derjenigen einer chaotischen Rivalität großer Mächte unter Einschluss der Rückkehr des Krieges geht es fortan offensichtlich rückwärts in der Geschichte, mental mehr ins 19. Jahrhundert, zurück in die traditionelle Schlachtfeldlogik vergangener Zeiten, allerdings mit den Mitteln, dem Wissen, den Instrumenten und der Anzahl von Menschen des 21. Jahrhunderts. Im 19. Jahrhundert haben etwa 1,5 Mrd. Menschen auf dieser Erde gelebt, heute sind es mehr als 8 Mrd. Exemplare des Homo Sapiens, organisiert in 200 Staaten.

Der Kalte Krieg mit seiner gegenseitigen thermonuklearen Vernichtungsdrohung war nun alles andere als harmlos gewesen, quasi war er ein permanentes Drohen mit dem nuklearen Weltuntergang durch die atomaren Supermächte. Aber er hatte seine eigene Machtlogik und Disziplin geschaffen, die schlussendlich funktioniert hatten. Das sich abzeichnende globale Chaos mit der Mentalität des 19. Jahrhunderts und den Instrumenten des 21. Jahrhunderts und ohne die Disziplin der Atomkräfte des Kalten Krieges kann sich demgegenüber als äußerst gefährlich erweisen.

Zwischen den Alpen und der Nord- und Ostsee, zwischen Rhein und Oder liegt geographisch das europäische Kernland des alten Kontinents – Deutschland, das Land mit der größten Bevölkerung innerhalb der EU und auch der stärksten Wirtschaftskraft im Gemeinsamen Markt, und weltweit immer noch die drittgrößte Volkswirtschaft mit seinen lediglich 82 Millionen Menschen. Das Land bildet das geographische und wirtschaftliche Zentrum der Europäischen Union und hat zugleich eine mehr als fragwürdige Geschichte. Vor allem in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts hat es bewaffnet zuerst nach der europäischen

Hegemonie und dann auch nach der globalen Vorherrschaft gegriffen, und ist zweimal dabei gescheitert.

Vereinigt erst spät als „kleindeutscher“ Nationalstaat (unter Ausschluss der damaligen europäischen Großmacht Österreich), schuf das preußisch-deutsche Kaiserreich auf der Grundlage von preußischem Militär und moderner Schwerindustrie und Naturwissenschaften ein politisch-wirtschaftliches Schwergewicht in der Mitte des Kontinents, das, ganz entgegen der Auffassung seines Architekten, des ersten Reichskanzlers Otto v. Bismarck, alles andere als „saturiert“ war. Ganz im Gegenteil platzte diese neu entstandene, zentraleuropäische Großmacht fast vor europäischen Vorherrschafts- und Weltmachtambitionen und war zugleich besessen von militärischen Einkreisungsängsten, die sich aus seiner kontinentalen Mittellage ergaben. Schon die nächste Generation nach der Reichsgründung, die Generation Wilhelms II., verstand die objektiv umstürzenden, ja revolutionären Folgen der deutschen Reichsgründung in der Mitte des Kontinents für das europäische Staatensystem nicht und folgte stattdessen den überbordenden nationalen Ambitionen, die sich aus der Machtfülle des neuen Reiches ergaben. Dieses „unruhige Reich“ in der Mitte Europas wäre wohl nur gelungen, wenn es von Beginn an auf eine demokratische und d.h. breitere Grundlage gestellt worden wäre als nur auf die aristokratisch-preußischen Eliten in Staat, Militär und Wirtschaft. Es hätte wohl eines inneren Sieges in Deutschland über den Militär- und Machtstaat Preußen in der Revolution von 1848 bedurft. Zweitens aber wäre keine alleinige nationalen Idee notwendig gewesen, sondern angesichts des Kolosses, der da in der Mitte Europas geschaffen wurde, war die europäische Dimension des deutschen Nationalstaates von Anfang an ein gegebenes Faktum und nur mit einem ausgeprägten europäischen Bewusstsein unter den deutschen Eliten hätte dieser deutsche Koloss – tatsächlich war die deutsche Einheit ein Umsturz der damaligen europäischen Staatenordnung und ihrer existierenden Machtverteilung-, den Gefahren nationaler Hybris

und damit dem Prozess seiner schnellen Selbstzerstörung entkommen können. Die Schaffung eines deutschen Nationalstaates in der Mitte Europas sollte tiefgreifende Konsequenzen für den gesamten Kontinent haben, denn diese neue Zentralmacht setzte allein durch ihre schiere Existenz und Machtfülle das bestehende europäische Gleichgewichtssystem außer Kraft und führte so wenige Jahre nach der Wende vom neunzehnten zum zwanzigsten Jahrhundert zuerst in den Ersten und innerhalb einer Generation schließlich dann in den Zweiten Weltkrieg, führte zur Selbstzerstörung Deutschlands und zu der Zerstörung Europas.

Erst nach diesen zwei vom Deutschen Reich verlorenen Weltkriegen, nach dem zweimaligen, gescheiterten Versuch seines Griffs nach der Weltmacht durch das vereinigte Deutschland und nach der Auflösung des Deutschen Reiches und der Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen durch die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs und seiner schließlich Teilung in zwei verfeindete deutsche Staaten, die ebenfalls verfeindeten, unterschiedlichen Militärbündnissen angehörten, zog mit der „Westbindung“ und der in den fünfziger Jahren beginnenden europäischen Integration unter dem ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer, und der Aussöhnung mit Frankreich als deren unverzichtbare Voraussetzung, der westliche Teil Deutschlands, die Bundesrepublik, diese europäische Konsequenz. Aus dem „unruhigen Reich“ und dem Sicherheitsrisiko Europas in der ersten Hälfte des Zwanzigsten Jahrhunderts war damit, im engen Schulterschluss mit Frankreich, zu guter Letzt die europäische Integrationslokomotive geworden. Die wirtschaftliche Stärke Deutschlands wurde dadurch vom Fluch zum Segen für Europa und Deutschland selbst. Die eindeutige Verankerung Deutschlands im transatlantischen Westen und in Europa, die „Westbindung“ der Bundesrepublik Deutschland, war eine gewaltige Leistung Konrad Adenauers. Für den ersten Kanzler der Bundesrepublik war sie nach der totalen Niederlage des Nazireiches und damit des

deutschen Nationalismus und dem beginnenden Kalten Krieg sogar wichtiger als die nationale Einheit Deutschlands. Der „Alte von Rhöndorf“ kannte, bedingt durch seine lange, politische Lebenserfahrung, eben seine Landsleute nur zu gut und wusste auch um die Geburtsdefizite der ersten preußisch-deutschen Reichseinigung von 1871. Das Ergebnis des zweiten Weltkriegs hatte faktisch zu einer Westverschiebung sowohl Deutschlands als auch Polens geführt, Preußen existierte nicht mehr. Die Aussöhnung mit Frankreich, die europäische Integration und die feste, auch militärische Einbindung der jungen Bundesrepublik in den transatlantischen Westen waren für ihn die historische Antwort auf deutschnationale Hybris und Großmachtphantasien des Landes in der Mitte Europas, die in der ersten Hälfte des Zwanzigsten Jahrhunderts so viel Unheil über den Kontinent und Deutschland selbst gebracht hatten. Die europäische Einigung war für Adenauer der Kern des nationalen Interesses Deutschlands, und diese konnte nur auf dem Hintergrund der deutsch-französischen Aussöhnung gelingen. Dieser Kern des nationalen Interesses, europäische und Westintegration, besteht bis heute fort. Genau deshalb wäre ein Erstarken der nationalen Rechten für Deutschland eine besondere Gefahr, weil sie die Erfolgsbedingungen der Bundesrepublik infrage stellen würde. Die westdeutsche Nachkriegsdemokratie hatte mit ihrem ersten Kanzler ein unglaubliches Glück gehabt, denn Adenauer war vieles, er war ein Konservativer bis hin zuweilen zum Reaktionären, ein Mann des katholischen Zentrums, aber er war eines nicht: er war kein Nationalist.

Mit der Gründung des kleindeutschen Nationalstaates in der Mitte Europas 1871 stand Europa vor einer völlig neuen Herausforderung: Wie ließ sich der entstehende ökonomische und militärische Gigant in seiner Mitte, der zu groß für Europa und zu klein für eine eigenständige Weltpolitik war, in eine europäische Friedensordnung dauerhaft integrieren, die nicht zu neuen Hegemonialkämpfen und damit Kriegen mit den etablierten Mächten führen musste? Verschärfend bei der Suche nach einer

Antwort auf diese Frage kam noch das völlig zerrüttete Verhältnis des in Versailles auf französischem Boden und nach der militärischen Niederlage Frankreichs damals als eine unglaubliche Demütigung des besiegten Feindes durch das neu gegründete Deutsche Kaiserreich hinzu, ein Verhältnis, das spätestens durch die deutsche Annexion von Elsass und Lothringen nicht mehr reparabel war. Der damalige Zeitgeist in Europa war auf allen Seiten geprägt durch den Nationalismus und das galt auch und gerade für das junge, vor industrieller und militärischer Kraft sich maßlos selbst überschätzende Deutsche Reich. Statt kluger Diplomatie und Bündnispolitik, statt einer Vision von einem gemeinsamen Europa unter Gleichen traten Großmannssucht und Selbstüberschätzung.

Nach vierundsiebzig Jahren und zwei durch Deutschland verlorenen Weltkriegen war dann schon wieder Schluss mit dem Reich und seinen Weltmachtambitionen, Die Deutschen gerieten 1945 unter die Hoheit der Siegermächte, waren erneut in mehrere Staaten geteilt und faktisch machtlos, denn trotz aller scharfen ideologischen und machtpolitischen Gegensätze zwischen Ost und West in dem anhebenden Kalten Krieg, blieb man sich in einem einig, Deutschland sollte kein drittes Mal die Gelegenheit haben, Europa und die Welt mit Krieg zu überziehen. Im Mai 1945 war nicht nur der Moment für das Ende des preußisch-deutschen Nationalstaats gekommen, sondern auch das Ende für Deutschland als souveräner Macht, als eigenständiger weltpolitischer Akteur. Fortan wurde über die Sicherheit Deutschlands in Washington und Moskau entschieden und vielleicht noch in London und Paris, nicht aber in einer tatsächlich nicht mehr existenten deutschen Hauptstadt, die ja nur noch eine Trümmerwüste und zudem unter den Siegermächten aufgeteilt war, wie ganz Deutschland.

Es war für das besiegte und geteilte Land ein langer, mühseliger Weg aus den Trümmern der totalen Niederlage und der Hybris des nationalsozialistischen Rassewahns zurück in die Gemeinschaft

der zivilisierten europäischen Nationen. Ost- und Westdeutschland beschritten dabei erzwungenermaßen höchst unterschiedliche Wege, - im Osten unter der Diktatur Stalins mit ihrer Planwirtschaft nach sowjetischem Vorbild, im Westen unter der Demokratie und offenen Gesellschaft Amerikas plus Marktwirtschaft. Diese so unterschiedlichen Wege der Deutschen in die Zukunft waren durch die jeweiligen Hauptsiegermächte vorgegeben, der Westen des geteilten Landes war dabei nicht nur der größere, wirtschaftlich wesentlich stärkere Teil des untergegangenen Reiches, sondern eben auch der glücklichere, im Vergleich mit dem Osten, der späteren DDR. Die Bundesrepublik wurde zum festen Bestandteil des Westens und stand mit diesem, als der Kalte Krieg endete, auf der Seite der Sieger, die DDR dagegen gehörte zu dessen Verlierern und verschwand mit der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt. Deutschland wurde am 3. Oktober 1990 ein zweites Mal, diesmal ohne Blut und Eisen vereinigt, in Frieden und Freiheit als Demokratie und Rechtsstaat, und auf das Engste eingebunden in den Westen. Die DDR löste sich an jenem Tag durch den Beschluss der demokratisch gewählten Volkskammer selbst auf und trat der Bundesrepublik Deutschland bei.

Gerade 1990, bei der zweiten deutschen Einheit, erwies es sich, dass die deutsche Einheit von Anfang an ein europäisches und kein allein nationaldeutsches Projekt gewesen war. Diese zweite Einheit war nicht auf militärische Überlegenheit, Annexion und Demütigung von Nachbarn gegründet, sondern auf deren gerades Gegenteil. Die vermutlich größte Leistung der alten Bundesrepublik, die diese zweite deutsche Einheit in Frieden und Freiheit überhaupt erst möglich gemacht hat, bestand darin, das Vertrauen ihrer Nachbarn und ehemaligen Kriegsgegner nach dem absoluten politischen und moralischen Absturz Deutschlands unter den Nazis wiederzugewinnen, viele davon mittlerweile engste politische und militärische Bündnispartner, die dieser zweiten Einheit nun zustimmten. Welch ein großer Vertrauensbeweis für die deutsche Demokratie! Das Land in der

Mitte Europas hatte seine nationalen Besonderheiten und Traditionen zwar nicht aufgegeben oder gar vergessen, die Deutschen sind Deutsche geblieben, aber das Land hatte in Gestalt der alten Bundesrepublik zu seiner europäischen Berufung gefunden. Es hatte jegliche Form von Hegemonialanspruch hinter sich gelassen und verfügte über keinerlei offenen Grenzfragen mehr mit seinen Nachbarn. Aus nationalistischen Berserkern waren nicht nur in Worten, sondern vor allem in Taten gute, überzeugte Europäer geworden. Die europäische Währungsunion, unter Einschluss der Aufgabe der D-Mark, Symbol des Erfolges und der ganze Stolz der wiedererstarkten westdeutschen Nachkriegsdemokratie, war dafür der letzte Beweis.

Das „Nie wieder!“ war die Konsequenz, die die alte Bundesrepublik aus der totalen Niederlage des Deutschen Reiches im Mai 1945 gezogen hatte, sowohl in der Innen- als auch in ihrer Außenpolitik als auch in ihrer historischen Selbstbegründung: Nie wieder Nationalismus, sondern stattdessen Europa, nie wieder Diktatur und Rassismus, sondern Demokratie, Verfassungsstaat, Westbindung und Menschenwürde. Nach Außen: Nie wieder nationaler Machtstaat, Weltpolitik, stattdessen wirtschaftlicher Erfolg und die Rückkehr in die Gemeinschaft der europäischen Demokratien und feste Verankerung in der transatlantischen Sicherheit, d.h. eine unauflösliche Einbindung Westdeutschlands in die transatlantischen Sicherheitsstrukturen und in das sich entwickelnde EU-Europa auf der Grundlage der deutsch-französischen Aussöhnung.

Der Wiederaufstieg der westdeutschen Nachkriegsdemokratie nach 1949 war sowohl innen- als auch außenpolitisch mit einer ganz bestimmten europäischen Ordnung verknüpft, nämlich der des Kalten Krieges, der transatlantischen Rückversicherung und militärischen Einbindung in der Nato und der beginnenden westeuropäischen Integration in der EU. In diesem Sinne und nur

darin erwies sich Westdeutschland als postnational, weil es dadurch die Antinomien der deutschen Nationalstaatsbildung, die in modernen Zeiten von Anfang an bestanden hatten, auflösen konnte.

Mit der zweiten Deutschen Einheit entstand dann aber ein neues, sehr ernstes internes Problem, wie wir heute, aus der Rückschau wissen. Die Bundesrepublik war ein postnationales Projekt, und markierte einen eindeutigen Bruch mit dem untergegangenen Reich und seinen Traditionen, was zugleich ihren Erfolg ausgemacht hatte, die DDR aber nicht. Diese hielt unter „sozialistischen“ Vorzeichen und der durch die russische Besatzungsmacht erzwungenen Ablehnung jeglicher Form von Westintegration an der institutionellen Kontinuität mit dem untergegangenen Reich fest.

Im Westen des wiedervereinigten Deutschlands interpretierte man von Anfang an als das zu lösende Hauptproblem der zweiten Deutschen Einheit die ökonomische Ungleichheit zwischen den beiden Deutschländern und nicht als zwei grundsätzlich verschiedene, durch die vier Jahrzehnte währende Teilung des Landes entstandene Identitäten, die nicht so einfach zusammenpassten. Allein die politisch in Westdeutschland keine Rolle spielende extreme Rechte und ihr ideologischer Nationalismus schien diesen sich abzeichnenden Konflikt verstanden zu haben, und engagierte sich, wie wir heute wissen, massiv in den neu beigetretenen Bundesländern. Sie löste die demokratisch gewordene Nachfolgepartei der SED, namens „Die Linke“, als Sachwalterin der ostdeutschen Interessen und ihrer anderen Identität erfolgreich ab. Die DDR war 1990 eben der Bundesrepublik beigetreten, nicht aber deren postnationaler Identität und den sich daraus ergebenden außen- und europapolitischen Überzeugungen und Verpflichtungen. Die jüngsten Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen bestätigten den Trend der nur wenige Monate zuvor stattgefundenen Europawahl. Wird dieser Trend anhalten, wofür vieles spricht, dann gefährdet

er mit der Wiederkunft der extremen antiwestlichen wie antieuropäischen Rechten die Erfolgsgeschichte der deutschen Demokratie und auch das europäische Projekt.

Ob das große Erbe Konrad Adenauers, die Westintegration Deutschlands als unverzichtbares Fundament unserer Republik, Bestand haben wird, wird in unseren Tagen entschieden werden. Die Haltung Deutschlands und Europas zur Verteidigung der Ukraine und der Freiheit und Grundsätze der europäischen Staatenordnung, wird dabei eine entscheidende Rolle spielen. Dass diese Frage nach der Westintegration Deutschlands noch jemals ernsthaft aufgeworfen und dass es zu einer möglich negativen Entscheidung noch jemals kommen könnte, hätte ich allerdings nach dieser deutschen Erfolgsgeschichte namens Westintegration, die zudem in der deutschen Einheit 1990 in Frieden und Freiheit gipfelte, niemals für möglich gehalten.

Die Rückkehr der „Incertitudes Allemande“ passt jedoch in die gegenwärtige Auflösung der alten Weltordnung. Denn wie kein zweites Land, hing Deutschland in seiner Sicherheit, seiner Wirtschaft und auch intellektuell-kulturell von dieser Weltordnung ab, und wird sich daher mit dem Übergang zu einer anderen Weltordnung mit der doppelten Herausforderung eines wiedererstehenden Nationalismus im Innern und einer machtgestützten Rivalität großer Mächte in der Außenpolitik besonders schwertun. Jedoch hinter der überragenden Gründungsfigur der zweiten deutschen Republik, Konrad Adenauer und seinem Vermächtnis der Westbindung, der deutsch-französischen Aussöhnung und der europäischen Integration darf für Deutschland kein Weg zurückführen, wenn die Erfolgsgeschichte der deutschen Demokratie und EU-Europas nicht schweren, in dieser Übergangszeit irreversiblen Schaden nehmen soll. Machen wir uns daher nichts vor: Genau das will die extreme, neonationalistische Rechte nicht nur in Deutschland, sondern überall auf unserem alten Kontinent. Angesichts der gemachten historischen Erfahrungen Europas mit dem

Nationalismus wäre seine Rückkehr an die Macht aber nichts weniger als eine schlichte Katastrophe für uns Europäer.